



Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 13. November 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-08-0117

**Sachstand Informationsfreiheitssatzung
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 06.11.2012 -**

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.3.2012 wurde unser Entwurf einer Informationsfreiheitssatzung den Stadtverordneten der Landeshauptstadt Wiesbaden als Beschlussvorschlag vorgestellt. Die Stadtverordnetenversammlung hatte daraufhin einstimmig beschlossen: „Der Magistrat wird beauftragt, im Rahmen des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration eine Anhörung zum Thema ‚Informationsfreiheitssatzung‘ durchzuführen.“ (Beschluss Nr. 0154)

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Zwischenbericht abzugeben.

Beschluss Nr. 0098

Der Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 06.11.2012 betr.

Sachstand Informationsfreiheitssatzung

gilt als eingebracht bis der Bericht des Magistrats (Dezernat VII) vorliegt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2012

Spallek
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2012

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister